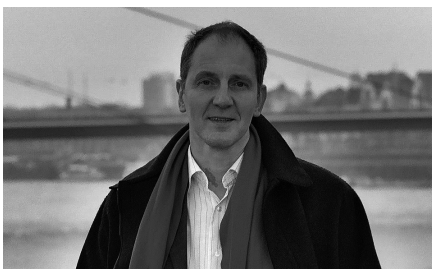


Fachinformationen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes

Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Telefon 030 24636-0, Fax 03024636110, E-Mail info@paritaet.org, Internet <http://www.paritaet.org>

Forschungsprojekt will bessere Evaluationen ermöglichen

Mit einem Forschungsprojekt soll die Evaluation in Arbeitsfeldern von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen in Thüringen verbessert werden. Dazu starteten Reinhard Müller, Landesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Thüringen, und Prof. Dr. Michael Opielka (Foto), Hochschullehrer für Sozialpo-



litik am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Jena eine Kooperation im Rahmen eines vom Freistaat Thüringen finanzierten Entwicklungsvorhabens. Ziel ist es, Chancen, Risiken und Hindernisse in den wirtschaftlichen, politischen und legitimatorischen Aspekten von Evaluationen zu identifizieren, Zusammenhänge zu verstehen und praxisorientierte Vorschläge für die erfolgreiche Nutzung von Evaluationen in der Sozialen Arbeit in Thüringen zu entwickeln und zu vertiefen. In einem ersten Schritt werden beispielhafte Evaluationen untersucht. Dabei werden relevante Faktoren (z. B. Größe der Organisation, Definition von Evaluationsbedarf, Art der Planung der Fragestellung, Evaluationstyp, Sichtweise von Evaluation) erhoben und in Beziehung zum Nutzen der Evaluation gesetzt. In einem zweiten Schritt werden die Ergebnisse von Mitgliedsorganisationen des Paritätischen gegenübergestellt, die aktuell die Implementation von Evaluation betreiben.

Prof. Dr. Michael Opielka, Fachhochschule Jena, Carl-Zeiss-Promenade 2, 07745 Jena, Telefon 03641-205816, E-Mail michael.opielka@fh-jena.de

Persönliche Budgets: Mehr Marketing, weniger Fachlichkeit

Durch die Einführung des Persönlichen Budgets werden Anbieter von Unterstüt-

zungsleistungen zunehmend mehr gezwungen, Energie, Ressourcen und Zeit in Marketingstrategien zu stecken, statt sich auf ihre Kernaufgabe der Entwicklung fachlich adäquater personenbezogener Hilfeangebote zu richten. Diese Befürchtung wurde in der Regionaltagung des PARITÄTISCHEN Kompetenzzentrums Persönliches Budget Mitte Juli in Braunschweig geäußert. Die vollständige Tagungsdokumentation der Veranstaltung steht nun kostenlos zum Herunterladen auf der Website des Kompetenzzentrums bereit.

Internet <http://www.budget.paritaet.org>
(Rubrik Veranstaltungen)

Bundesrechnungshof fordert Reduzierung der Ein-Euro-Jobs

Der Bundesrechnungshof kritisiert in einer Stellungnahme die Umsetzung der Arbeitsgelegenheiten. Die in großem



Umfang getätigte Schaffung von Zusatzjobs sei nur möglich gewesen, indem die Voraussetzungen für die Arbeitsgelegenheiten in vielen Fällen nicht eingehalten worden seien. Der Bundesrechnungshof fordert dazu auf, die Zahl der Arbeitsgelegenheiten zu begrenzen und nur noch Maßnahmen mit überschaubaren Teilnehmerzahlen zu bewilligen, damit genauere Prüfungen vor Einrichtung und im Verlauf der Durchführung von den Trägern der Grundsicherung vorgenommen werden können. Der Bundesrechnungshof stellt fest, die Fördervoraussetzungen der Zusätzlichkeit und des öffentlichen Interesses seien in einem Viertel der geprüften Fälle nicht erfüllt gewesen und in knapp weiteren 50 Prozent der untersuchten Maßnahmen so unzureichend dokumentiert waren, dass keine eindeutigen Aussagen hierzu getroffen werden konnten. Wei-

terer Kritikpunkt: Die Arbeitsgelegenheiten seien zu selten Bestandteil einer Eingliederungsvereinbarung gewesen und wesentliche Teile des Fallmanagements seien den Maßnahmeträgern überlassen worden. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziale hat sich in seiner Stellungnahme in einigen Punkten von der Kritik des Bundesrechnungshofs distanziert. So müssten sich die Träger der Grundsicherung für die Akquise und Durchführung von Zusatzjobs auch zukünftig der Leistungen Dritter bedienen können, auch wenn sie selbst über die Maßnahmen zu entscheiden hätten.

Bundesrechnungshof, Adenauerallee 81, 53113 Bonn, Telefon 01888 721-0, Fax 01888 721-2990, E-Mail info@brh.bund.de, Internet <http://www.brh.bund.de>

EKD fordert Freiwilligendienste



Freiwilligendienste sollten gestärkt und weiter ausgebaut werden, fordert eine vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eingesetzte Arbeitsgruppe.

In der 17-seitigen Broschüre legt die Kommission die Argumente für und gegen eine allgemeine Dienstpflicht dar und würdigt Freiwilligendienste als Beitrag zur verantwortlichen Gestaltung des Gemeinwesens. Zur Stärkung der Angebote schlägt sie unter anderem ein bundesweit einheitliches Zeugnis vor, mit dem Freiwillige ihren Dienst nachweisen können. Ein solches Freiwilligendokument könne die Entwicklung einer »Anerkennungskultur« fördern. Die Broschüre kann per E-Mail kostenlos als PDF-Datei bei der Redaktion abgerufen werden (pfannen-doerfer@nomos.de).

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), Herrenhäuser Straße 12, 30419 Hannover, Telefon 0511 2796-0, Fax 0511 2796-707, E-Mail info@ekd.de, Internet <http://www.ekd.de>

Termine

Behandlungskonzepte der Trauerarbeit.

Kombination von verhaltenstherapeutischen, körperorientierten und hypnotherapeutischen Verfahren. Teilnahmegebühr 140,- Euro. 27. Januar 2007 in Bonn. Akademie in Fortbildung in Psychotherapie (afp), Postfach 13 43, 72003 Tübingen, Telefon 0700 237237 00, Fax 0700 237237 11, E Mail bundesakademie@afp.info.de, Internet <http://www.afp.infor.de>

»Stark im Beruf – erfolgreich im Leben« Ziele und Strukturen in der beruflichen Förderung. 26. Februar bis 2. März 2007 am Timmendorfer Strand. Teilnahmebeitrag mit Unterbringung und Übernachtung 475,- Euro. Evangelischer Erziehungsverband (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Telefon 0511 390881 13, Fax 0511 39088116, E Mail info@erev.de, Internet <http://www.erev.de>

Aktuelle Fragen des Sozialhilferechts (SGB XII). 28. Februar bis 2. März 2007 in Erfurt. Veranstaltungskosten 128,- Euro, Tagungsstättenkosten 150,- Euro. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin, Telefon 030 62980 0, Fax 030 62980150, E Mail info@deutscherverein.de, Internet <http://www.deutscherverein.de>

Supervision nach systemischen und lösungsorientierten Konzepten. 5. und 6. März 2007 in Mainz. Seminargebühren 180,- Euro (Unterkunft und Verpflegung ca. 36,- Euro je Tag). Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Telefon 06131 28944 0, Fax 06131 2894450, E Mail ifw@kfhmainz.de, Internet <http://www.kfhmainz.de>

Wissen, wo's lang geht. Netzwerkmanagement in der Jugend- und Familienhilfe. 7. bis 9. März 2007 in Rolandseck. Teilnahmebeitrag mit Unterkunft 190,- Euro. AWO Akademie Helene Simon, Postfach 41 01 63, 53023 Bonn, Telefon 0228 6685 142, Fax 0228 6685211, E Mail akademie@awobu.awo.org, Internet <http://www.awo.org>

Die Psychiatrielandschaft verändert sich ... Müssen wir unsere Hilfe weiterentwickeln? 9. und 10. März 2007 in Han-

nover. Seminargebühr 175,- Euro. Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V., Zeltinger Straße 9, 50969 Köln, Telefon 0221 511002, Fax 0221 529903, E Mail dgsp@netcologne.de, Internet <http://www.psychiatrie.de>



Was bedeutet die Nacht für Menschen mit schwersten Behinderungen? Eine interdisziplinäre Tagung zum Thema Schlafen & Wachen für Fachleute und betroffene Familien. 9. und 10. März 2007 in München. Wissenschafts- und Kompetenzzentrum der Stiftung Leben pur, Adamstraße 5, 80636 München, Telefon 089 357481 19, E Mail info@stiftung-leben-pur.de, Internet <http://www.stiftung-leben-pur.de>

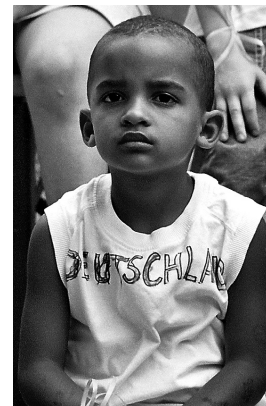
Methodische Zugänge und Strategieentwicklung im Gemeinwesen. Methodenseminar für die Praxis Sozialer Arbeit im Gemeinwesen. 12. bis 16. März 2007 in Gelnhausen. Kosten 192, Euro. Burckhardt Haus, Evangelisches Institut für Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit e. V., Postfach 11 64, 63551 Gelnhausen, Telefon 06051 89 0, Fax 06051 89240, E Mail m.ott@burckhardt-haus.de, Internet <http://www.burckhardt-haus.de>



Sozialarbeit als Management. 14. bis 16. März in Freiburg im Breisgau. Fortbildungs Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Postfach 4 20, 79004 Freiburg im Breisgau, Telefon 0761 200 538, Fax 0761 200 199, E Mail akademie@caritas.de, Internet <http://www.fak.caritas.de>

Erziehungsstellen im Umbruch. Bewährtes sichern, Neues wagen. 4. Bundestagung Erziehungsstellen. 3. bis 5. Mai 2007 in Oberhausen. Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen IGfH, Schaumainkai 101-103, 60596 Frankfurt am Main, Telefon 069 633986 0, Fax 069 63398625, E Mail igfh@igfh.de, Internet <http://www.igfh.de>

Positive Zuwanderer-Bilanz



Die sieben Millionen Ausländer in Deutschland stützen den Sozialstaat. Im Durchschnitt zahlen sie nach einer neuen Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit

(IZA) für das Wirtschaftsmagazin »Capital« (Ausgabe 21/2006) pro Kopf 1.840 Euro mehr Steuern und Beiträge an die öffentlichen Kassen, als sie an Transferleistungen erhalten. Jeder Ausländer zahlte im Jahr 2004 durchschnittlich 7.390 Euro an den Staat und erhielt öffentliche Leistungen in Höhe von 5.550 Euro. Das Stammtischgerede, Ausländer plünderten auf Kosten der Bundesbürger die Sozialsysteme aus, sei blanker Unsinn, resümiert IZA-Forscher Holger Bonin. Die Studie zeigt allerdings auch, dass die Deutschen mit 2.750 Euro pro Kopf und Jahr unter dem Strich noch mehr in die staatlichen Kassen zahlen als die Migranten. Die Differenz von gut 900 Euro kommt überwiegend dadurch zustande, dass Ausländer weniger verdienen und häufiger arbeitslos sind. Bei Rentnern und Jugendlichen ergeben sich hingegen nur sehr geringe Unterschiede in der Bilanz.

Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA), Schaumburg-Lippe-Straße 7-9, 53113 Bonn, Telefon 0228 3894201, E-Mail webmaster@iza.org, Internet <http://iza.org>

Spendenreport: Zeitspenden nehmen zu
Die Spendenbereitschaft der Deutschen ist im vergangenen Jahr weiter gestiegen. Für gemeinnützige Unternehmen wurden von Juli 2005 bis Juni 2006 rund 77 Millionen Euro mehr gespendet als im vorigen Erhebungszeitraum, teilen der Deutsche Spendenrat und die Gesellschaft für Konsumforschung mit, insgesamt rund 2.056 Millionen Euro. Das gelte allerdings nur, wenn die außergewöhnlich hohe Spendensumme von über 522 Millionen Euro nach der Tsunamikatastrophy im Pazifik 2004/2005 vom Gesamtergebnis des Vorjahres 2004/2005 von 2.481 Millionen Euro abgezogen wird. Eine Zunahme meldet der Spendenrat bei den Zeitspenden auf 3,5 Milliar-

den Stunden. Ihr Gesamtwert stieg um 2,3 Milliarden Euro auf 53,2 Milliarden Euro. Grundlage der Berechnung ist ein durchschnittlicher Stundenlohn von 15,24 Euro.

Deutscher Spendenrat e. V., Simrockallee 27, 53173 Bonn, Telefon 0228 9355728, Fax 0228 9355799, E-Mail spendenrat@t-online.de, Internet <http://www.spendenrat.de>

»In welcher Sprache lächelst du?«

Die Künstlerin Susanne Brose und der Filmemacher Otmar Hitzelberger haben junge Migrantinnen aus Offenbach dabei unterstützt, ihre Ausbildung und ihre beruflichen Perspektiven mithilfe verschiedener künstlerischer Herangehensweisen zu thematisieren. Ergebnis der Arbeit ist der Film »In welcher Sprache lächelst du?«. Die Gruppe begab sich auf eine Entdeckungsreise: Mit Fotokamera, Verkleidung und anderen künstlerischen Mitteln setzten sich die jungen Frauen mit ihren Wünschen zu ihrer beruflichen Zukunft auseinander, lernten, bewusst wahrzunehmen, was sie bereits erreicht und geleistet haben und fanden heraus, wo noch Hürden und Hindernisse liegen. Der Film bringt diesen Prozess auf die Leinwand. Er gibt Einblicke in Ansichten sowohl verbaler, als auch visueller Art, macht Mut und liefert Anregungen und Ideen für andere junge Frauen auf der Suche nach dem für sie richtigen Weg in Ausbildung und Beruf.

Der Film ist auf DVD zum Preis von zehn Euro erhältlich.

INBAS GmbH, Herrnstraße 53, 63065 Offenbach, Fax 069 27224-30, E-Mail bestellung@inbas.com

Befragung Dritter nur mit Einverständnis des Betroffenen

Eine staatliche Fürsorge gegen den frei gebildeten Willen des Betroffenen ist unzulässig. Das stellt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fest. Die Oppositionspartei hatte gefragt, ob Dritte über die wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse eines vom betreuungsgerichtlichen Verfahren betroffenen Menschen ohne dessen Einwilligung befragt werden dürfen. Die Bundesregierung kommt zu dem Schluss, dass es sich bei einer Befragung ohne Zustimmung des Betroffenen um einen »erheblichen Eingriff in dessen Recht auf informelle Selbstbestimmung« handelt.

Kennzahlen

»Ohne Zahl kann die Vielheit der Dinge nicht bestehen; denn ohne Zahl gibt es keine Unterscheidung, Ordnung, Proportion, Harmonie.«

Nikolaus von Kues, deutscher Philosoph (1401–1464)

25.488.616.290

Betrag in Euro, der deutschen Regionen in den Jahren 2007 bis 2013 aus den Strukturfonds der Europäischen Union zur Verfügung stehen wird

22.801.000

Kosten in Euro, die im Jahre 2004 in Deutschland durch psychische Krankheiten und Verhaltensstörungen verursacht wurden

1.084

Bruttolohn in Euro, den eine alleinstehende Person verdienen muss, um netto den gleichen Betrag zur Verfügung zu haben wie ein vergleichbarer Arbeitslosengeld-II-Empfänger

22.144

Zahl der Eingaben an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages im Jahre 2005

70

Zahl der Kinder und Jugendlichen, die statistisch gesehen jeden Tag in Deutschland von Jugendämtern in Obhut genommen werden (§ 42 SGB VIII)

7.805

Deutsche Exporte in Euro je Einwohner im Jahr 2005 (Vergleich: 5.976 Euro Jahr 2000)

697.632

Zahl der Personen, die im Jahre 2004 aus Deutschland weggezogen sind (Zahl der Zuzüge: 780.175 Personen)